

Medieninformation

037 / 2017

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Andreas Kunze-Gubsch

Durchwahl
Telefon +49 351 564-3040
Telefax +49 351 564-3049

presse@smi.sachsen.de

Dresden, 25. April 2017

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016 vorgestellt

Ulbig: „Keine Entwarnung für Sachsen. Verfassungsschutz hat weiterhin alle Phänomenbereiche auf dem Radar“

Innenminister Markus Ulbig und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Gordian Meyer-Plath, haben heute den sächsischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2016 vorgestellt. Dieser informiert über verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, sowie über Spionageaktivitäten.

Anhand regionaler Lagebilder zum Rechts-, Links- und Ausländerextremismus werden verfassungsfeindliche Entwicklungen im Freistaat aufgezeigt. Die einzelnen Ereignisse werden analytisch eingeordnet und bewertet. Darüber hinaus gibt der Verfassungsschutzbericht Ausblicke und Prognosen zur Entwicklung in den kommenden Jahren.

„Der Verfassungsschutz im Freistaat hat alle Phänomenbereiche weiterhin konsequent auf dem Radar. Wir können für Sachsen in keinem Bereich Entwarnung geben. Wenngleich die Gewaltstraftaten beim Rechts- und Linksextremismus zuletzt rückläufig waren“, sagte Innenminister Markus Ulbig heute in Dresden.

Im vergangenen Jahr sind mit der Identitären Bewegung und den Reichsbürgern neue Beobachtungsobjekte hinzugekommen. „Asyl- und Integrationsfragen, weltweit komplexer werdende Krisenherde, Terroranschläge, zunehmende internationale Spannungen sorgen auch in unserer Gesellschaft für mehr Konflikte und Aggression. In den Sozialen Medien macht sich Hetze gegen Fremde und Andersdenkende breit. Misstrauen gegen die etablierte Politik wird – von rechts wie von links und auch durch islamistische Protagonisten - zielgerichtet geschürt.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen sind besorgniserregend und bereiteten auch im vergangenen Jahr den Nährboden für Extremismus. Der Rechtsstaat wird weiterhin entschieden durchgreifen, Täter ermitteln und bestrafen. Je stärker der Rechtsstaat auftritt, umso wirkungsvoller können Extremisten abgeschreckt und enttarnt werden“, so Ulbig weiter.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium des
Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4
01097 Dresden

www.sachsen.de

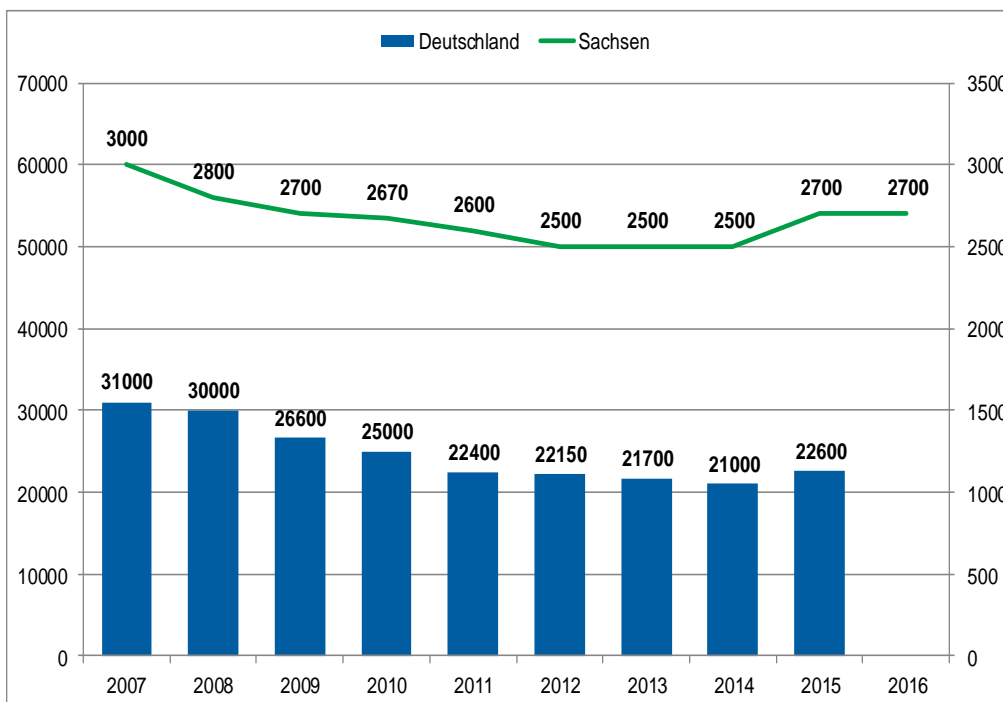
In Sachsen hat sich zudem der Trend einer weiteren Zunahme islamistischer Bestrebungen fortgesetzt. Insbesondere der jihadistische Islamismus stellt die internationalen, nationalen und damit auch sächsischen Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen. „Terroristen wollen unsere westlichen Gesellschafts- und Wertesysteme zerstören und uns auf grausame Art und Weise vor Augen führen, wie verwundbar wir sind. Der Verfassungsschutz ist auch hier ein wichtiges Frühwarnsystem, geht Hinweisen entschieden nach und kooperiert mit Behörden innerhalb und außerhalb Sachsens“, betonte der Innenminister.

I. Rechtsextremismus

1. Überblick in Zahlen

Das **rechtsextremistische Personenpotenzial** in Sachsen stagnierte im Jahr 2016 mit etwa 2.700 Personen auf weiterhin hohem Niveau.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Rechtsextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	davon			
		Neonationalsozialisten	Rechtsextremistische Parteien	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen (Identitäre Bewegung)
2015	ca. 2.700	ca. 340	ca. 780	ca. 1.600	
2016	ca. 2.700	ca. 520	ca. 595	ca. 1.550	ca. 40

Diese Entwicklung lässt sich mit dem fortschreitenden Bedeutungsverlust der **Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)** in der rechtsextremistischen Szene erklären. Es kam vor dem Hintergrund des NPD-Verbotsverfahrens zum vollständigen Erliegen der Aktivitäten einiger Kreisverbände. Der NPD-Führung gelang es im vergangenen Jahr nicht, politische Akzente zu setzen. Kaum aktive Strukturen und innerparteiliche Differenzen bewirkten einen massiven Mitgliederrückgang von fast einem Drittel (Ende 2016: 420; 2015: 600).

Eine ähnliche Entwicklung war auch bei den **Jungen Nationaldemokraten (JN)**, der Nachwuchsorganisation der NPD, zu verzeichnen. Dort ging das Personenpotenzial auf 85 Personen (2015: 110) zurück. Obwohl die JN in den vergangenen Jahren wesentliche, vor allem aktionsorientierte Teile der neonationalsozialistischen Szene aufnehmen konnten, hat sich daraus keine langfristige Dynamik entwickelt.

Die Mitgliederzahl der **Partei „Der Dritte Weg“** erhöhte sich hingegen auf 60 Mitglieder (2015: 40). Ein Grund für diese Entwicklung könnte sein, dass die Partei mittlerweile von ihren pseudo-elitären Anforderungen für eine Mitgliederaufnahme abgerückt ist. Außerdem verfügt die Partei über zahlreiche „Fördermitglieder“ und sonstige Sympathisanten aus dem parteiungebundenen Spektrum.

Die Mitgliederzahl der **Partei Die Rechte** stagnierte 2016 bei 30 Personen.

Das Personenpotenzial der **neonationalsozialistischen Szene** hat sich nach Verlusten in den Jahren 2014 und 2015 wieder deutlich auf 520 Personen (2015: 340) erhöht. Gründe waren das erwähnte Umfeld der Partei „Der Dritte Weg“ sowie eine wieder deutlich zunehmende Eigendynamik der Szene:

Zwar hatten sich die bestehenden neonationalsozialistischen Strukturen in den vergangenen Jahren überwiegend aufgelöst, woraufhin die Neonationalsozialisten einerseits in den subkulturell geprägten Rechtsextremismus abgewandert waren. Nachdem sich jedoch im vergangenen Jahr neue neonationalsozialistische Strukturen gebildet hatten, wurden bereits bekannte Rechtsextremisten oft wieder im Sinne dieser Ideologie aktiv. Auch entstanden infolge von Radikalisierungsprozessen im

Zusammenhang mit der Asylthematik einige Personenzusammenschlüsse, die ebenfalls der neonationalsozialistischen Szene zuzurechnen sind.

Die Anhängerzahl der **subkulturell geprägten Rechtsextremisten** stagnierte 2016 mit leicht abnehmender Tendenz bei 1.550 Personen (2015: 1.600 Personen). Zwar war hier ein Zuwachs von ehemals parteigebundenen Rechtsextremisten zu verzeichnen. Der Rückgang der Anhänger ist besonders auf die sinkende Tendenz bei den politisch motivierten Straftaten sowie auf die gesunkenen Zuwandererzahlen zurückzuführen.

Im Jahr 2016 wurde die **Identitäre Bewegung Sachsen (IBS)** zu einem Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Sie ist sowohl hinsichtlich ihres Personenpotenzials (ca. 40 Personen in Sachsen) als auch in ihrer ideologischen Ausrichtung nicht den herkömmlichen rechtsextremistischen Strukturen zuzuordnen. So bezieht sie sich auf einen sog. Ethnopluralismus, welcher das vermeintlich „Fremde“ nicht durch biologistische Kriterien, sondern anhand von Merkmalen wie Kultur oder Religion in den Vordergrund stellt. Gefordert wird die Trennung von Ethnien und Religionsgemeinschaften im Wege einer „Remigration“.

Das **gewaltorientierte rechtsextremistische Personenpotenzial**¹ lag im Jahr 2016 bei ca. 1.250 Personen (2015: 1.300 Personen) und damit auf unverändert hohem Niveau.

Im Freistaat Sachsen wurden im vergangenen Jahr 2.380 **rechtsextremistische Straftaten** registriert (2015: 2.234; 2014: 1.710). Damit stieg die Anzahl auch im vierten Jahr in Folge weiter an. Allerdings verlief der Anstieg verglichen mit dem Vorjahr deutlich moderater (2015: 30,6 Prozent; 2016: 6,5 Prozent). Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die rechtsextremistischen Gewaltdelikte rückläufig (2015: 201; 2016: 145 Gewaltdelikte). Dies entspricht einem deutlichen Rückgang um rund 28 Prozent. Die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte hat im Jahr 2016 mit 99 Fällen um rund ein Viertel abgenommen (2015: 121 Fälle). Der Wert liegt aber nach wie vor deutlich über den Zahlen vergangener Jahre².

¹ Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen.

² 2014: 63; 2013: 36; 2012: 22

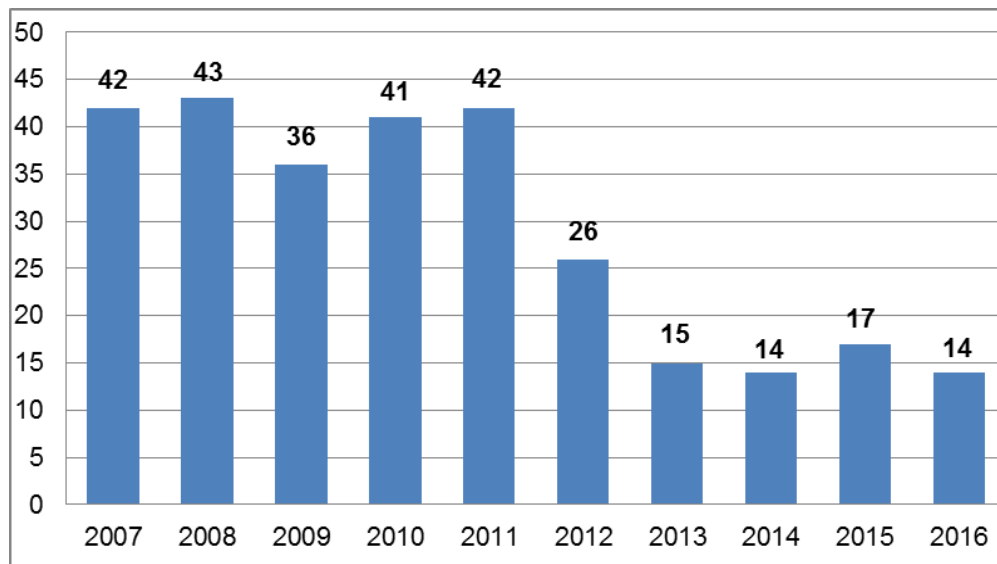
Gewaltorientierte Rechtsextremisten	
2015	ca. 1.300
2016	ca. 1.250

Rechtsextremistische Straftaten			
	insgesamt	darunter	
		Gewaltstraftaten	darunter Gewaltstraftaten gegen den politischen Gegner
2015	2.234	201	56
2016	2.380	145	19

Leichter Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen

Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Freistaat Sachsen ist 2016 wieder etwas gesunken (2015: 17) und stagniert seit 2013 weitgehend.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Die durchschnittliche Teilnehmerzahl lag im Jahr 2016 bei annähernd 230 Personen (2015: 265). Diese ist insbesondere auf die hohe Raumkapazität des Szeneobjektes in Staupitz zurückzuführen, in dem der überwiegende Teil der Konzertveranstaltungen in Sachsen durchgeführt wurde.

Insgesamt hat die rechtsextremistische Musikszene jedoch ihre Aktivitäten im Freistaat Sachsen weiter ausbauen können. Die Zahl der Bands bzw. Bandprojekte, die Tonträger produzierten und sich an Konzertveranstaltungen in Sachsen, im Bundesgebiet oder im Ausland beteiligten, erhöhte sich.

2. Rechtsextremistische Entwicklungstendenzen

Nachdem es im ersten Quartal 2016 noch zu zahlreichen **asylbezogenen Aktivitäten** durch Rechtsextremisten gekommen war, nahmen diese mit dem Nachlassen der Migrantenströme bis zur Jahresmitte deutlich ab. In der zweiten Jahreshälfte waren die islamistischen Anschläge in Deutschland erneut Anlass, die eigenen ideologischen Positionen zu verbreiten und Anschluss an nicht extremistische, regierungskritische Initiativen zu finden.

Die **neonationalsozialistische Szene** konnte - nach Jahren der Stagnation - in einzelnen Regionen weitere Potenziale erschließen, neue Strukturen bilden und somit Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Für einen generellen Aufschwung der Szene fehlen jedoch die nötigen Voraussetzungen. Inhaltlich wird die Szene weiter vor allem die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner suchen.

Von der **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene** sind vor allem gegenüber politischen Gegnern weiterhin impulsive Gewalttaten zu erwarten. Neonazifizierungs- wie auch Radikalisierungsprozesse werden weiter auftreten, auch wenn die diesbezügliche Dynamik deutlich nachgelassen hat.

Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** führte Anfang des Jahres 2016 noch verschiedene Anti-Asyl-Kampagnen durch, nahm dann aber eine zunehmend passive Haltung ein. Nach wie vor kämpft die Partei mit den Folgen von internen Macht- und verlorenen Wahlkämpfen.

Am 17. Januar 2017 erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dem vom Bundesrat beantragten Verbot der NPD³. Im Ergebnis wurde die Partei nicht verboten. Das Gericht stellte fest, dass die Partei zwar planvoll auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hinarbeite. Es fehle jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen ließen. Dennoch ließ das Bundesverfassungsgericht keinen Zweifel an der Verfassungsfeindlichkeit der Partei und ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus.

Ein sofortiger „Ansturm“ neuer Mitglieder auf die NPD wegen dieses Verfahrensausgangs ist unwahrscheinlich. Der Neuaufbau der Partei wird vielmehr ein lang anhaltender Prozess sein. So werden die Aktivitäten der Partei vorrangig auf kommunaler Ebene stattfinden, wo sie bestrebt sein wird, sich als „Kümmerer“ darzustellen und weiterhin Vorbehalte gegen Migranten zu schüren.

Zudem wird alle Kraft in die Vorbereitung kommender Wahlen gesteckt werden. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass sich die Partei – nach Wegfall des Verbotsdrucks – hinsichtlich ihrer Ideologie wieder auf alte Muster zurückbesinnen und mit deutlich radikaleren Aussagen auftreten wird. Im Ergebnis ist jedoch zu erwarten, dass ihre Bedeutung für die rechtsextremistische Szene insgesamt weiter abnehmen wird.

³ Bundesverfassungsgericht, Urt. vom 17. Januar 2017, 2 BvB 1/13
Seite 6 von 17

Nachdem die **Jungen Nationaldemokraten (JN)** in den vergangenen Jahren für die rechtsextremistische Szene an Bedeutung gewonnen haben und Personenpotenzial aus der neonationalsozialistischen Szene rekrutieren konnten, befinden sie sich mittlerweile im Zustand der Stagnation. Die bisherigen JN-Kampagnen werden vermutlich auch in Zukunft auf eher geringes Interesse stoßen.

Sollten die nach den Vereinsverboten von 2013 und 2014 in die JN eingetretenen ehemaligen Neonationalsozialisten günstigere Rahmenbedingungen in einer anderen rechtsextremistischen Struktur erkennen, ist damit zu rechnen, dass sie die JN nach und nach wieder verlassen.

Ebenfalls in der Bedeutungslosigkeit wird die Partei **Die Rechte** verbleiben. Ihr ist es nicht gelungen, weitere Strukturen aufzubauen und neues Personenpotenzial zu rekrutieren. Mit eigenen großflächigen Aktivitäten ist nicht zu rechnen. Wesentliche Akteure dieser Partei werden auch eher im Rahmen anderer Kampagnen und Strukturen aktiv werden.

Im Gegensatz hierzu wird sich der Aufschwung der Partei **Der Dritte Weg** fortsetzen. Die Gründung weiterer Stützpunkte und die Intensivierung von Aktivitäten – mit erhöhter Konfrontationsbereitschaft gegenüber dem politischen Gegner – ist zu erwarten. Die Partei wird zunehmend versuchen, sich als relevanter politischer Akteur zu geben.

Ebenfalls dynamisch ist und bleibt die Entwicklung der **Identitären Bewegung Sachsen (IBS)** mit bisherigem Schwerpunkt in Westsachsen. Die IB wird mit öffentlichkeitswirksamen Ereignissen weiterhin um Mitglieder werben. Außerdem wird sie auch in Zukunft gezielt darauf hinwirken, ihre eigene Agenda auch für nicht extremistische Bürger anschlussfähig zu machen. Da sie sich personell und strukturell von bisherigen rechtsextremistischen Strukturen unterscheidet, könnte sie bei der Umsetzung dieser Ziele Erfolg haben.

Die **rechtsextremistische Musikszene** pendelte sich auf einem im Vergleich zu früheren Hochphasen niedrigen Niveau ein. Ihre Bedeutung wird sie künftig vermutlich weniger in der Veranstaltung einzelner großer Konzerte, sondern vor allem in der Begleitung sonstiger rechtsextremistischer Veranstaltungen haben.

Die **rechtsextremistische Vertriebsszene** war Ende 2016 nominal schwächer aufgestellt. Zum Jahresende waren noch elf Vertriebe aktiv (2015: 12), da der ehemals in Dresden ansässige Vertrieb „**OPOS-Records**“ aus Sachsen verzogen ist. Anzeichen für die Bildung neuer überregional bedeutsamer Vertriebe gibt es nicht, so dass künftig mit einer Fortsetzung des Status Quo zu rechnen ist.

II. Reichsbürger und Selbstverwalter

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder haben sich im November 2016 darauf verständigt, aufgrund der veränderten Gefährdungslage die sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bundesweit durch den Verfassungsschutzverbund zu beobachten. Seit dem 1. Dezember 2016 sind „Reichsbürger und Selbstverwalter“ damit auch Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen. Das Personenpotenzial bewegt sich nach bisherigen Erkenntnissen im oberen dreistelligen Bereich. Die personelle Überschneidung mit den in Sachsen bekannten Rechtsextremisten liegt bei 25 Personen.

Die heterogene Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ setzt sich aus verschiedenen Einzelpersonen sowie Personenzusammenschlüssen zusammen.

Aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster und/oder ein selbst definiertes Naturrecht, lehnen sie die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ab. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder definieren sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen. In Sachsen sind z. B. die „Exilregierung Deutsches Reich“ oder der „Bundesstaat Sachsen“ bekannt.

„Reichsbürger“ wenden sich auch in Sachsen mit „öffentlichen Schreiben“, „öffentlichen Bekanntmachungen“ oder „Anordnungen“ an die Öffentlichkeit sowie gezielt an Dienststellen des Freistaates und der sächsischen Kommunen. Darin wird die Auffassung vertreten, dass es die Bundesrepublik Deutschland als Staatsgebilde nicht gäbe. Vielmehr handele es sich um eine Nichtregierungsorganisation.

Allerdings findet die Szene auf Grund ihrer kruden Theorien und ihres speziellen Auftretens kaum positive Resonanz. Sie ist in der Regel auf sich selbst bezogen. Nur in Ausnahmefällen bilden sich stabile Gruppen, die jedoch gleichzeitig wiederum eine hohe Spaltungstendenz aufweisen.

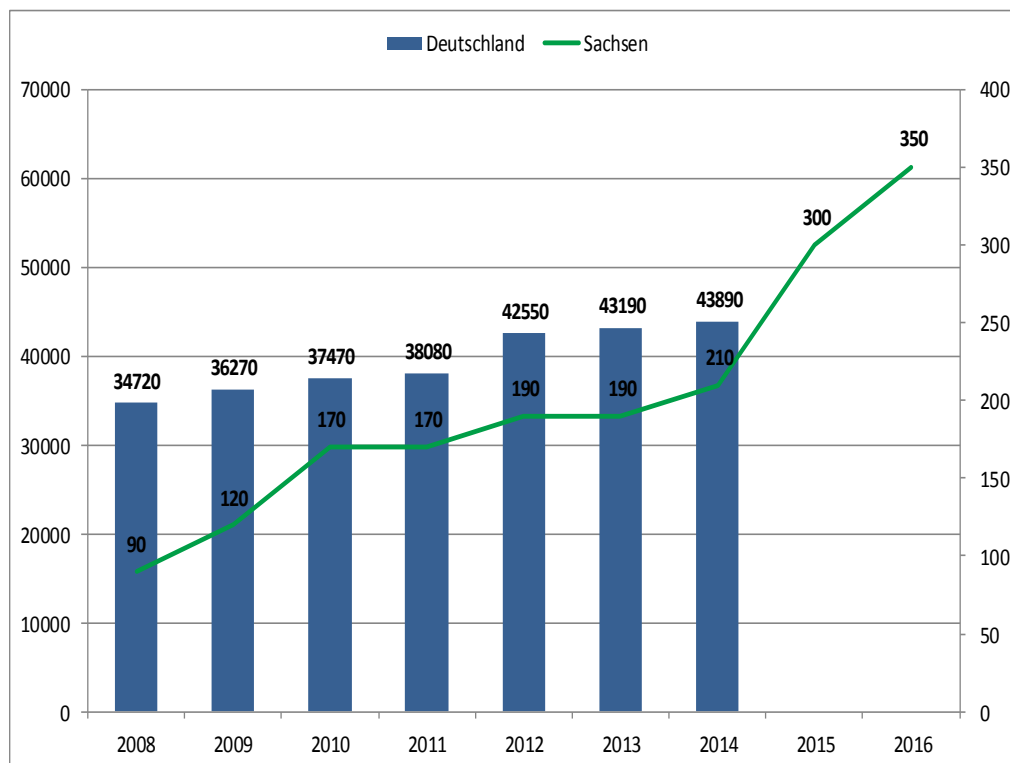
In weiten Teilen stellen die Reichsbürger daher ein polizei- und ordnungsrechtliches Problem dar, da sie Behörden und Gerichte mit umfangreichen Anträgen und Beschwerden zu blockieren suchen.

III. Islamismus

1. Überblick in Zahlen

Wie in den Vorjahren bewegte sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im bundesweiten Vergleich auf niedrigem Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich allerdings eine Steigerung um rund 17 Prozent auf ca. 350 Islamisten (2015: 300), wovon ca. 190 Personen dem salafistischen Milieu zugerechnet werden.

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen



Islamistisches Personenpotenzial

	insgesamt	davon Salafisten
2015	ca. 300	ca. 170
2016	ca. 350	ca. 190

2. Entwicklungstendenzen im Islamismus

Innerhalb des Phänomenbereichs Islamismus gewinnt der Salafismus seit Jahren an Bedeutung. Er hat sich zur dynamischsten und am schnellsten wachsenden islamistischen Bewegung sowohl in Deutschland als auch in Sachsen entwickelt. Mit der seit 2015 gestiegenen Zahl der Muslime in Sachsen wird auch ein erhöhter Bedarf an islamisch-religiösen Einrichtungen einhergehen. Islamische Gemeinden geraten damit verstärkt in das Blickfeld islamistischer Organisationen wie beispielsweise der **Muslimbruderschaft** und werden für deren Zwecke missbraucht.

Schwerpunkt salafistischer Bestrebungen wird auch in Zukunft die **Al-Rahman-Moschee in Leipzig** sein. Der Zustrom von Migranten führte zu einem starken Anstieg der Besucherzahlen in Sachsens größter Moscheegemeinde. Der Imam dieser Einrichtung, Hassan Dabbagh, ist ein überregional bekannter Vertreter des politischen Salafismus in Deutschland.

Erstmals wurden im Jahr 2016 davon unabhängig auch in Dresden an mehreren „Islam-Infoständen“ salafistische, darunter auch indizierte Publikationen, verteilt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von **jihadistischen Terrororganisationen** als „kreuzzüglerischer“ Gegner wahrgenommen. Die in Syrien und im Irak maßgebliche jihadistische Terrororganisation, der sogenannte **Islamische Staat (IS)**, verfolgt eine aggressive antiwestliche Agenda und hat in der Vergangenheit regelmäßig und erfolgreich zum Verüben von Anschlägen im Westen aufgerufen.

Der möglichen Methode, dass sich Attentäter quasi unbemerkt unter den Migrationsstrom mischen, um nach Ankunft in einem europäischen Land einen Anschlag zu verüben, widmet der Verfassungsschutz besonderes Augenmerk. Dies gilt insbesondere auch für Hinweise, dass eine Person als IS-Kämpfer schwere und schwerste Straftaten begangen haben soll. Auch wenn bei einer solchen Person zunächst keine weiteren Anzeichen für etwaige Anschlagplanungen vorliegen, birgt allein diese terroristische Kampferfahrung ein gesteigertes Gefahrenpotenzial.

Der Krieg in Syrien – der Dreh- und Angelpunkt für jihadistische Aktivitäten weltweit – wird gezielt instrumentalisiert, um auch in Deutschland Personen im jihadistischen Milieu zu radikalisieren und für Anschläge zu rekrutieren.

Zum Ende des Berichtsjahres lagen Erkenntnisse zu mehr als 880 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien/Irak reisten, um dort zum Beispiel auf Seiten des IS an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese Terrororganisation anderweitig zu unterstützen. In Sachsen sind Ausreisefälle im unteren einstelligen Bereich bekannt.

Die militärischen Rückschläge, die der IS im Berichtsjahr in Syrien und Irak erfuhr, können zur Folge haben, dass bereits ausgereiste Islamisten wieder

nach Deutschland zurückkehren. Von ihnen geht wegen der möglichen Kampfausbildung und -erfahrung eine besondere Gefahr aus.

Angesichts der anhaltenden Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland ist davon auszugehen, dass sich auch unter den künftig Einreisenden Sympathisanten terroristischer Organisationen und Personen mit extremistischer Gesinnung befinden. Der verhinderte Terroranschlag des islamistischen Attentäters Al-Bakr im Oktober 2016 zeigte dies auch für Sachsen exemplarisch.

Darüber hinaus muss auch mit einer Radikalisierung von Migranten gerechnet werden, die bis dahin keine Verbindungen zu islamistischen Strukturen hatten. So können auch Konvertiten und Muslime ohne islamistischen Hintergrund in den Fokus islamistischer Rekrutierungs- und Radikalisierungsbemühungen geraten.

Aktivitäten und Aufrufe von Salafisten zur Flüchtlingshilfe erfolgen mitunter auch aus propagandistischer Motivation. Für salafistische Organisationen stellt die muslimische Zuwanderung nach Deutschland eine geeignete Gelegenheit dar, unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe Kontakt aufzunehmen und für die eigene Ideologie zu werben.

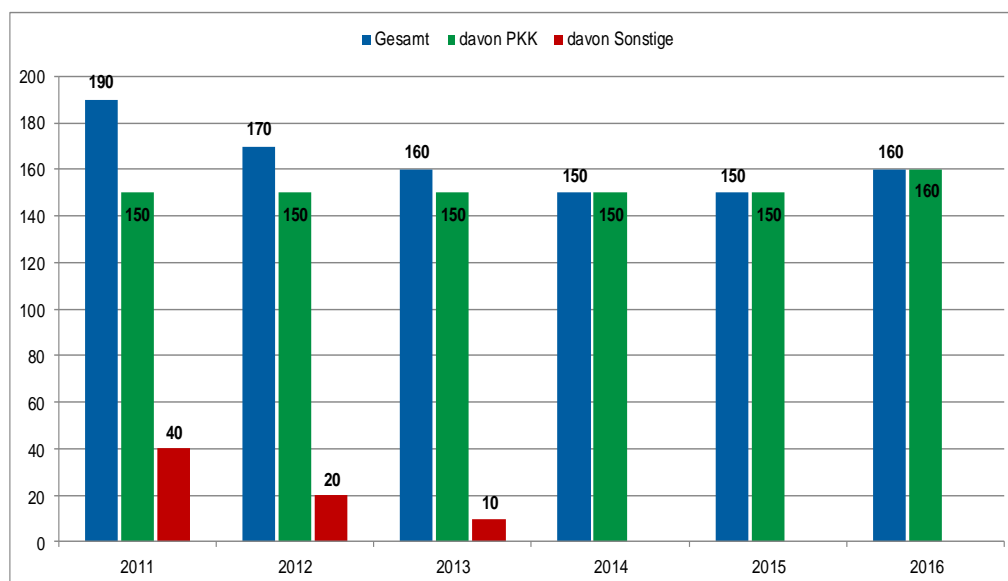
Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf unbegleitete Jugendliche unter den Asylbewerbern gerichtet werden, da diese aufgrund ihrer Situation besonders anfällig für die Versprechen der Islamisten sein könnten. Aus dem Umfeld salafistischer Organisationen sind diesbezüglich bereits Aufrufe zur „Flüchtlingshilfe“ bekannt geworden.

IV. Ausländerextremismus

1. Überblick in Zahlen

Das ausländerextremistische Personenpotenzial im linksextremistischen Spektrum stieg im Jahr 2016 geringfügig auf ca. 160 Personen an (2015: ca. 150). Es setzte sich fast ausschließlich aus Mitgliedern und Anhängern der Nachfolge- und Nebenorganisationen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zusammen. Das Mobilisierungspotenzial konnte die tatsächliche Anhängerzahl deutlich überschreiten. So konnten im Berichtsjahr regelmäßig auch Personen aus dem linksextremistischen Spektrum in Sachsen oder aus benachbarten Bundesländern beispielsweise für die Mitwirkung an Versammlungen gewonnen werden.

Anzahl der Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen



Die **politisch motivierte Kriminalität im Bereich Ausländerextremismus** ist seit Jahren im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen äußerst niedrig. Der Anteil der ausländerextremistisch motivierten Straftaten betrug im Jahr 2016 weniger als zwei Prozent des Gesamtaufkommens von Straftaten mit politischem Hintergrund (2016: 54; 2015: 32 Straftaten). Gegenüber dem Vorjahr ist damit ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewalttaten ist mit 14 (2015: sieben) ebenfalls angestiegen.

Ausländerextremistische Straftaten

	Insgesamt	darunter Gewaltstraftaten
2015	32	7
2016	54	14

Die seit drei Jahren steigende Tendenz bei den Straftaten steht im Zusammenhang mit der Eskalation der Lage in der Türkei. Dort wurde der Friedensprozess zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der türkischen Regierung beendet. Es folgten verschärfte Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär. Dies spiegelte sich auch in den Aktivitäten der PKK-Mitglieder und -Anhänger in Deutschland wider. Vornehmlich kam es zu Propagandadelikten.

2. Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

Es ist davon auszugehen, dass der strategischen Vorgabe Abdullah Öcalans - dem Streben nach einem eigenen Kurdenstaat auch mit Mitteln der Gewalt - in der Türkei weiterhin gefolgt wird. In Westeuropa war die PKK jedoch bislang bemüht, von sich das Bild einer gewaltfreien Befreiungsbewegung zu vermitteln, um auf diese Weise und bislang mit Erfolg die Unterstützung demokratischer Kräfte zu gewinnen.

Die ab Mitte 2014 wieder verstärkt zu beobachtenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen dieser Gruppen dauerten auch im Berichtsjahr an. Neben dem Vormarsch des IS und dessen vermeintlicher Unterstützung durch die türkische Regierung wurden hauptsächlich der gescheiterte Putschversuch in der Türkei vom Juli 2016 und die drastischen Reaktionen der türkischen Regierung thematisiert.

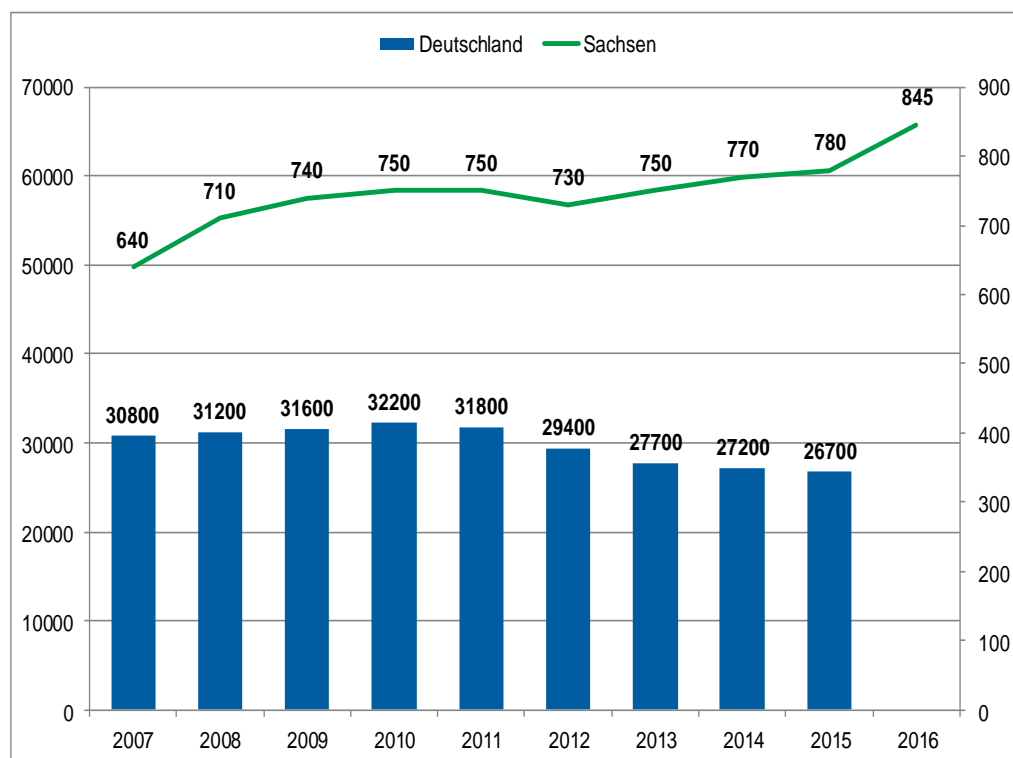
Auch das Verfassungsreferendum in der Türkei vom 16. April 2017 dürfte von der PKK thematisch aufgegriffen werden und das Mobilisierungspotenzial weiter steigern.

V. Linksextremismus

1. Überblick in Zahlen

Im Jahr 2016 wurden im Freistaat Sachsen ca. 845 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr (ca. 780) um acht Prozent und erreichte einen Höchststand. In den zurückliegenden Jahren war das Personenpotenzial dagegen eher relativ stabil und unterlag nur geringen Schwankungen.

Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Linksextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	davon		
		Gewaltorien- tierre Linksextremi- sten / Autonome	Anarchisten und sonstige linksextremistische Gruppierungen	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen
2015	ca. 780	ca. 370	ca. 160	ca. 250
2016	ca. 845	ca. 425	ca. 170	ca. 250

Die **Autonomen** stellten mit ca. 425 Personen (davon aus Leipzig: ca. 250, aus Dresden: ca. 70 Personen) unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar und konnten ihr Personenpotenzial sogar deutlich um ca. 15 Prozent erhöhen (2015: ca. 370).

Im Jahr 2016 verstärkte sich die Bündnispolitik Autonomer mit nicht-extremistischen und in der Mitte der Gesellschaft verankerten Gruppen und Themen (beispielsweise Versammlungen gegen Rassismus, Solidaritätsaktionen für Flüchtlinge; Wohnungspolitik) mit dem Ziel der Gewinnung von Mitgliedern außerhalb der eigenen Klientel.

Diese von den Autonomen verfolgte Bündnispolitik führte partiell zur Einbindung dieser nicht-extremistischen Gruppierungen aus der Mitte der Gesellschaft in linksextremistische Strukturen.

Parallel dazu kam es allerdings auch weiterhin zu einer Vielzahl von gewaltsamen Aktionen gegen den politischen Gegner, die sich vor allem in Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zum Nachteil von wirklichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten niederschlugen.

Die den **Anarchisten** und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnende Anhängerschaft veränderte sich nur geringfügig und lag bei ca. 170 (2015: ca. 160) Personen. Darunter blieben auch die Anarchisten mit ca. 45 Personen auf dem Niveau des Vorjahres.

Der **Rote Hilfe e.V. (RH)** erreichte mit ca. 380 Mitgliedern (2015: ca. 280) in Sachsen einen weiteren Höchststand. Grund war die hohe Anzahl von Demonstrationen mit linksextremistischen Bezügen. Die Teilnehmer waren häufig von polizeilichen Maßnahmen betroffen und könnten anschließend Kontakt zur RH gesucht haben. Wegen der Mehrfachmitgliedschaften der Neumitglieder wirkte sich der Anstieg des Personenpotenzials allerdings nicht auf die Gesamtzahl der sächsischen Linksextremisten aus.

Die Gesamtmitgliederanzahl der **orthodoxen linksextremistischen Parteien und Organisationen** lag im Jahr 2016 unverändert bei ca. 250 Personen.

Die Anzahl der **linksextremistischen Straftaten** im Freistaat Sachsen im Jahr 2016 hat sich zum Vorjahr fast um die Hälfte verringert. Die Fallzahl sank um etwa 41 Prozent auf 578 Delikte (2015: 977). Ein noch größerer Rückgang ist bei den Gewaltdelikten zu verzeichnen. Der Wert verringerte sich um etwa 64 Prozent auf 102 Delikte (2015: 283). Sowohl die Gesamtzahl der linksextremistischen Straftaten als auch die der darin enthaltenen Gewalttaten liegt damit deutlich unter dem Niveau der vorangegangenen Jahre 2013 bis 2015. Die Gründe hierfür liegen in der Abnahme der Zahl der Demonstrationen des politischen Gegners im Berichtsjahr. In der Folge kam es zu weniger Aktionen mit konfrontativem Charakter.

Linksextremistische Straftaten

	Insgesamt	darunter	
		Gewaltstraftaten	darunter Gewaltstraftaten gegen den politischen Gegner
2015	977	283	207
2016	578	102	62

Die Bündnispolitik von Teilen der linksextremistischen Szene führte in Leipzig zu einem friedlicheren Verlauf der Proteste gegen den politischen Gegner.

In Dresden war die linksextremistische Szene personell und strukturell geschwächt und daher nur noch eingeschränkt in der Lage, eigene Aktionen durchzuführen. Sie beteiligte sich vorrangig an Demonstrationen nicht extremistischer Initiativen.

2. Linksextremistische Entwicklungstendenzen

Leipzig entwickelte sich im Berichtsjahr bundesweit mit quantitativem und qualitativem Abstand neben Berlin und Hamburg zu einem weiteren Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt **Autonomer** in Deutschland.

Ausgehend von der gegenwärtigen Entwicklung in Leipzig muss mit einem weiteren Anwachsen des gewaltbereiten Potenzials sowie einer Zunahme von konspirativen Aktionen und von Anschlägen gerechnet werden. Es wird hier maßgeblich auch auf das gesellschaftliche Klima in der Stadt ankommen, um dem entgegenzuwirken.

Mit ihrer inhaltlichen Orientierung an Arbeits- und Lohnkämpfen versuchte das **anarchistische Spektrum** im Berichtsjahr, sein Profil als linksextremistische Gewerkschaftsorganisation zu schärfen.

Die Integration von Asylbewerbern in eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft dürfte eines der künftigen Kernthemen der Anarchisten sein. Vor allem mit der angestrebten Einbindung von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt dürften diese eine Zielgruppe darstellen.

An der marginalen Bedeutung **linksextremistischer Parteien** wird sich voraussichtlich auch künftig nichts ändern, da ihre in der Regel eng am orthodoxen Marxismus orientierte Programmatik nicht auf breite Akzeptanz in der Gesellschaft stößt.

VI. Spionage

Insbesondere die **russischen** Nachrichtendienste entwickelten auch im Jahr 2016 gegen deutsche und damit auch sächsische Sicherheitsinteressen Aktivitäten. Für die politische Aufklärung von Interesse waren die deutsche Haltung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Finanz- und Energiepolitik, aber auch die Rolle Deutschlands in der NATO.

Ansatzpunkte für dahingehende Aufklärungsmaßnahmen sind politische Mandatsträger, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen und Vereine mit Bezügen zu Russland oder anderen osteuropäischen Staaten. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es darum, die angeschlagene russische Wirtschaft mit neuem Know-how zu versorgen. Sachsen stellt hier als innovativer und leistungsstarker Standort ein lukratives Ziel dar.

Auch die **Volksrepublik China** nutzte ihre Nachrichtendienste im Berichtsjahr wieder gezielt zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft. Hierfür erhielten sie eine starke Personalausstattung und umfangreiche Befugnisse. Nach wie vor stehen innovative deutsche Unternehmen und Hochschuleinrichtungen im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste. Das gilt umso mehr, als die chinesische Wirtschaft in den vergangenen Jahren an Prosperität verloren und doch weiterhin die ihr gesetzten ambitionierten Ziele zu erreichen hat. Ausgespäht wurden darüber hinaus auch in Deutschland lebende oppositionelle Kräfte.

Trotz der politischen Veränderungen der letzten Jahre, stehen **arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste** auch in Sachsen im Verdacht, Maßnahmen gegen hier lebende Landsleute und Oppositionelle durchzuführen. Insbesondere die **syrischen Nachrichtendienste** haben ein starkes Interesse an Erkenntnissen zum Verbleib bekannter Oppositioneller und deren Rolle im syrischen Bürgerkrieg. Die Erkenntnisse können dann zur Repression gegen spätere Rückkehrer oder gegen in der Heimat verbliebene Verwandte genutzt werden. **Nordkorea, Indien, Pakistan** und die Türkei stehen im Verdacht ähnlicher Vorgehensweisen. Speziell für Sachsen liegen jedoch keine Erkenntnisse zu Aktivitäten türkischer Nachrichtendienste vor.

Insbesondere die fortwährenden Veröffentlichungen interner Dokumente haben das mögliche breite Spektrum von Spionageaktivitäten **amerikanischer Nachrichtendienste und anderer westlicher Dienste** verdeutlicht. In erster Linie aus den Snowden-Enthüllungen folgt der Verdacht, westliche Dienste nutzten ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, um weltweit Kommunikationsdaten abzuschöpfen. Vor allem die amerikanische NSA soll ihre Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit dem britischen „Government Communications Headquarters“ (GCHQ) auch gegen Deutschland einsetzen. Der Verfassungsschutz geht in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages jedem Anfangsverdacht von Spionageaktivitäten westlicher Dienste nach.